



Alternativantrag

der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und SSW

zu „Bundesratsinitiative im Sinne grenzpendelnder Studierender starten“ (Drucksache 20/506)

Auch grenzpendelnde Studierende unterstützen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag begrüßt, dass sich die Landesregierung im Rahmen der Verhandlungen zur Ausgestaltung und Umsetzung des Studierenden-Energiepreispauschalengesetzes (EPPSG) in Höhe von 200 Euro bereits im Bundesrat und in der Kultusministerkonferenz (KMK) proaktiv für eine Ausweitung des Kreises der Antragsberechtigten auf Personen mit inländischem Wohnsitz eingesetzt hat, die an Ausbildungsstätten innerhalb der EU immatrikuliert oder angemeldet sind.

Der Landtag unterstützt die Landesregierung in ihrer Forderung, auch grenzpendelnde Studierende und Fachschülerinnen und Fachschüler sowie Berufsfachschülerinnen und Berufsfachschüler in Bildungsgängen im EU-Ausland von dieser Entlastung profitieren zu lassen und darüber hinaus die vollständige Kostenlast für die Auszahlung der Energiepauschale und die Auszahlungsstelle beim Bund zu verorten.

Soweit Studierende und Fachschülerinnen und Fachschüler im EU-Ausland nicht im Bundesprogramm berücksichtigt werden, bittet der Landtag die Landesregierung, ein Landesprogramm für die Unterstützung von Studierenden mit Wohnort in SH, aber Studienort im EU-Ausland, umzusetzen.

Der Landtag bittet zudem die Landesregierung, die weiteren Verfahrensschritte, die in der Verantwortung des Bundes liegen, weiterhin eng zu begleiten, um eine möglichst zeitnahe Auszahlung zu gewährleisten.

Martin Balasus
und Fraktion

Malte Krüger
und Fraktion

Jette Waldinger-Thiering
und Fraktion